

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Deutschland, Österreich, Ungarn und unbesetzter Gebieten
Publikationsorgan des Reiches der Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine und unbesetzter Berufsgruppen



Verlag: Verlagsgesellschaft am Spandauer
Brauerei, Berlin, unter Fernbach 178, Markt
Eingang in die Poststraße 11.

Verlagsgesellschaft am Spandauer
Brauerei, Berlin, unter Fernbach 178, Markt
Eingang in die Poststraße 11.

Verlagsgesellschaft am Spandauer
Brauerei, Berlin, unter Fernbach 178, Markt
Eingang in die Poststraße 11.

Die wirtschaftliche Lage des Großkapitals.

Die wirtschaftliche Entwicklung nimmt im Laufe einer geradezu stürmischen Periode. Man hat — mit vollem Recht — von den Fortschritten der Technik und der Chemie gesagt. Sie seien in den wenigen Kriegsjahren größer als vorher in einem Jahrhundert. In demselben ungeheuren Tempo vollzieht sich die Kapitalanhäufung in wenigen Händen, der Zusammenschluß der großen Kapitalisten zu mächtigen Konzernen, die Steigerung der Kapitalkraft der einzelnen Aktienunternehmungen.

Im greifbarsten tritt das Streben nach Angliederung und Vergrößerung bei den Banken zutage. Die Banken, die in der ersten Kriegszeit eine Periode der Unsicherheit durchzumachen hatten, haben in den Jahren 1916 und 1917 infolge der zunehmenden Geldflüssigkeit sehr gute Geschäfte gemacht. Und dem ist es, Dezember 1917, unkontrollierten Börsengeschäft — erst vom 1. Dezember an wurden die amtlichen Aktienmärkte wieder eingeführt — aus dem Kriegemittelbegehren und aus dem Depositengeschäft mit seiner weiten Zinsspanne erzielen sie reiche Gewinne. Die riesenhafte Kapitalkraft der größten Bankunternehmungen aber steigert in dem Maße, in dem sie wächst, auch ihre Anziehungskraft, die zur Aufzucht kleinerer Betriebe führt. Allein im Jahr 1917 nahm, um nur die größten Fusionen zu erwähnen, die Deutsche Bank den schlesischen Bankverein und die Norddeutsche Kreditanstalt in sich auf, eröffnete eine Zweigstelle im Suda und kündigte eine solche in Bukarest an. Die Diskontogesellschaft übernahm die Königsberger und die Hamburger Vereinsbank, den Magdeburger Bankverein und einige kleinere Geschäfte im Westen. Die mit der Diskontogesellschaft in enger Beziehung stehende Allgemeine Deutsche Kreditanstalt erwarb unter dem Namen schlesischen die gleichfalls zur Gruppe der Diskontogesellschaft zählende Angewandte Sparkassen- und Wechselbank unter dem hundertprozentigen Verbandsnamen. Die Deutsche Bank verstand mit der Rheinisch-Westfälischen Diskontogesellschaft einen so fetten Gewinn, daß sie ihr Grundkapital von 200 auf 250 Millionen Mark zu erhöhen imstande war, wogegen derjenige der Deutschen Bank zurzeit eine halbe Million beträgt. Eine Bilanzrechnung der Mittel ihrer Tochterbanken verzeichnet diese drei Großbanken heute an eigenen und fremden Geldern etwa 10 Milliarden Mark! Dabei ist innerhalb dieser drei größten Finanzinstitute Deutschlands, die ein entscheidendes Übergewicht an deutscher Kapitalmacht haben, schon wieder ein neues Zwanzigstel zu beobachten. Man stelle sich die Machtgröße vor, die durch diese Kapitalanhäufung in wenigen Händen bereinigt wird! Daraus läßt sich dann weiter schließen auf die gewaltigen Einflüsse, die von einem Kapitalkonglomerat in dem großen Schicksalskampf unseres Volkes ausgeht werden.

Die Reichsleitung hat neuerdings versucht, sich einem gewissen Einfluß auf die Kapitalanhäufung und Anverlebung zu sichern. Sie hat durch Bekanntmachung vom 2. November für Neugründung von Unternehmen, die sich Kapitalvermehrungen die Genehmigungspflicht eingehalten. Der Kapitalmarkt soll erst dann für die Dauer des Krieges für die Verteidigung der Bedürfnisse des Volkes (Kriegsnotwendigkeiten) freigegeben werden; weiterhin soll die Abgangssperre nach dem Friedensschluß darauf beruhen, daß die alsdann verfügbaren Mittel mit äußerster Sparsamkeit verfaßt und in die wichtigsten Betriebe geleitet werden. Das Guldengeld, das nach dem Siege vom 1870 so viele Millionen wert, soll gestutzt oder untauglich werden. Man könnte sich aber nicht über die Wirkung dieser Kapitalanheftung. Die Finanzmacht deckt in dem Handelskriege die wirtschaftlichen Angelegenheiten auf, denen gegenüber die Regierung ebenso ohnmächtig sein wird wie sie es gegenüber dem Kapital und Kapitalismus auf dem Gebiet der Lebensmittellieferung ist. Wenn die preussische Regierung das Grundkapital der Sachanlage (Königliche Staatsbank) von 200 auf 250 Millionen erhöhte, um nach dem Wortlaut des Finanzgesetzes Dr. Gumbel auf dem Geld-

markt durch eigene Unternehmungen Einfluß zu gewinnen, damit der Staat sich nicht den Bedingungen einer übermächtigen Großfinanz zu fügen braucht, so wird die Großfinanz diese Bemühungen mit höchstem Aufsehen wahrnehmen. Denn die Wuchererweiterung der Großbanken nimmt ihren Fortgang. Schon sieht sich die Commerz- und Diskontobank Hamburg-Berlin an, zwei sächsische Mittelbanken in ihren Freundschaftsbund aufzunehmen. Bereits vor Jahresfrist wurde in der Reichspresse festgestellt, daß kaum noch ein Dutzend deutscher Provinzialbanken mit über 10 Millionen Mark Grundkapital zu finden der Berliner Großbankengruppe zu zählen sei. Inzwischen sind diese unabhängigen Provinzialbanken fast ausgelöscht.

Die Regierung will aber auch gar nicht die übermächtige Großfinanz im Staat halten, sondern nur vorübergehend die Finanzkraftnahme des Marktes durch Hintanhaltung, wo es sich um Anlagen handelt, die nicht ausschließlich dazu dienen, den Bedarf des Heeres oder der Kriegswirtschaft sicherzustellen. Tatsächlich läßt sich die Kapitalvermehrung, die schon im ganzen Jahr 1917 eine starke Aufwärtsbewegung zeigte, seit Einführung der Kriegssparpflicht beträchtlich vermehrt. Alle diese Kapitalvermehrungen sind glatt genehmigt worden, darunter die des Völkerverkehrs, die sich auf nicht weniger als 120 Millionen belaufen. Auch Kapitalvermehrungen, die wie die Taunuswerke (nur 8 auf 32 Millionen), nur dem Zweck dienen, die andere nicht zu bewältigenden Kriegskräfte einigermassen zu verdecken, haben Einzelne Beanstandung erfahren.

Wollte die Reichsleitung, was sie eben nicht will, die „übermächtige Großfinanz“ jäheln, so gäbe es zurzeit kein wirksames Mittel als die Beschneidung der Kredite für Heereslieferungen auf ein vernünftiges Maß. Wie die Dinge auf diesem Gebiete sich gestaltet haben, betrafen sie nicht nur eine gefährdende Stärkung der Macht weniger Kapitalgewaltigen, sondern sie steigerten zugleich die Verarmung des Volkes, d. h. der hungernden Massen des deutschen Volkes, zugunsten der verhältnismäßig kleinen Zahl großer Kriegsgewinner. Sie fördern die maßlose Verschwendung in einer Zeit, in der im trübend Jungen die Sparsamkeit allen Gliedern des Volkes als höchste moralische Pflicht gepredigt wird. Was braucht der in den Millionen schwindende Kriegsgewinner zurückzuführen vor irgendeinem phantastischem Aufwandszahl ihm doch das Reich bei der heutigen Gestaltung der Kriegsgewinnsteuer zu jeder Luxusausgabe einen Beitrag von 50 Proz. Auch die strahlenden Summen, die für die Zwecke der Vaterlandspartei „geopfert“ werden, sind unter diesem Gesichtswinkel zu betrachten. Die Gewinne der kriegelustigen Vaterlandspartei stammen in ihrem ganzen Umfang aus dem Wucher des Reichs, vom dem heillosen Teil aber, dem das Reich als Steuer zurückkehrt, wird ihm ein um so größerer Bruchteil vorzuenthalten, je größere Summen daraus der Vaterlandspartei zur Verfügung gestellt werden. Dieser Zusammenhang und diese Wirkungen scheinen dem stumm zusehenden Reichstagen nicht ganz unwillkommen zu sein. Anders aber denken die Millionen Männer darüber, die draußen im Felde im Genuß des Kommisses dem Entbehren wegen des Schilkeprobandens unterworfen, und die Millionen Arbeiter, die Familien der Soldaten, die langsam aber sicher wirtschaftlich untergehen, während weltberühmte Gewinnträger die Kriegsgewinne zu unheimlicher Höhe aufhäufen.

Was ist Bevölkerungspest?

III.

Der jährige Krieg hat eine ungeheure Zahl von gesunden, starken, jugendkräftigen und intelligenten Männern aus allen Klassen der Bevölkerung vernichtet. Nach der absoluten Zahl wird die Arbeiterklasse dabei im Vordergrund treten, jedoch wird sich über das ganze Bild noch in einem anderen Lichte zeigen. Schwere Kräfte aus dem Bereich der Intellektuellen, wie Lehrer, Sachschullehrer, Künstler,

Techniker, Ingenieure, Betriebsleiter und Hochqualifizierte aus der Arbeiterklasse, sind tot oder zu Krüppeln geformt, oder sonst durch Krankheit und Sechtheit unbrauchbar geworden; unerfährbar, aber sicher erst nach Jahren zu ersetzen. Daraus folgert sich nicht nur eine Einbuße in Hinsicht unserer geistigen und sittlichen Erziehung, sondern auch ein unermesslicher Verlust zum wirtschaftlichen Wiederaufbau unserer ganzen produktiven Kraft. Deshalb ist auch der Aufstieg der Begabten eine dringende Forderung der Zeit!

Das Deutsche Reich hatte im Jahre 1918 rund 67 Millionen und 1914 68 Millionen Einwohner. Unabgeklärt für die Bevölkerungszunahme muß selbstverständlich der Geburtenüberschuß angesehen werden. Die durchschnittliche Zunahme der Bevölkerung beträgt jährlich bei uns in den Jahren 1900 bis 1910 855 881 Personen. Im Jahre 1918 betrug die Zahl der Geborenen 1 804 598 und die der Gestorbenen 1 090 792, demnach ergibt sich in dem letzten Jahr vor dem Kriege ein Ueberschuß von 333 800 Geborenen auf 1 000 Einwohner kamen Geburten im Durchschnitt des Jahres: 1871/80 40,7, 1881/90 38,2, 1901/10 37,4, 1911/10 33,9, 1912 29,5, 1913 28,3. Auf 1 000 Einwohner kamen Sterbefälle: 1871/80 28,8, 1881/90 26,5, 1901/10 23,5, 1911/10 19,7, 1912 16,4, 1913 15,8. Mit diesen Werten eine auffällige Abnahme der Geburten und der Sterbefälle. Die Zunahme der Bevölkerung ist deshalb zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf die Abnahme der Gestorbenen zurückzuführen. Nach den Vorkriegsmeldungen vom 16. Februar d. J. teilte die preussische Regierung im Abgeordnetenhaus dem bevölkerungsstatistischen Ausschuss mit, daß der Geburtenüberschuß im Kriege weit höher sei als die Zahl der Gestorbenen, und daß die Geburtenzahl auch nach dem Kriege den früheren Stand nicht erreichen dürfte.

Wenn demnach immer wieder trübliche Kreise die Ansicht vertreten, daß, wenn man mehr Kinder haben wolle, so müsse der religiöse Glaube wiederhergestellt werden, so ist das ein Irrtum und auch nicht möglich. Entscheidend hierbei ist die soziale Lage der großen Masse des Volkes. Und im übrigen lehnen auch die Erfahrungen, daß mit einer starken Zunahme der Geburten auch eine Zunahme der Kindersterblichkeit, besonders in den ersten Lebensjahren, verbunden ist. Die Zeit der Weltkriege ist unüberwindlich vorbei. Jetzt heißt es mit allem Mitteln gegen Volksschädigungen wie Krankheitsgefahren, wirtschaftliche Not, Arbeitslosigkeit usw., die Menschenkennanomie und die Lebensdauer der Geborenen zu fördern.

Wie im „Arbeitertribüne“, Bd. IX, 1914, sehr gut ausgeführt wird: „Bedingt die Erhöhung einer gesunden Lebensdauer auch eine durchschnittliche Erhöhung der produktiven Kraft.“ Denn wirtschaftlich betrachtet enthält vom 15. Lebensjahre ab, ein jedes Lebensjahr 300 Arbeitstage; wobei auch die möglichen Arbeitstage der Strafgefangenen nicht außer acht zu lassen wären. Nach der amtlichen Vorkriegsrechnung der männlichen Bevölkerung (1881—1900) ergab sich für das männliche Geschlecht eine mittlere Lebensdauer von 40,7 Jahren und für das weibliche Geschlecht 49,97 Jahren. Diese Lebensdauer hat innerhalb der vorerwähnten zwanzig Jahre nur fünf und bei dem Frauen nur fünfundsiebzig Jahre zugenommen. Daraus ist aber ein noch immer hinter dem meisten Kulturstaaten zurück. In Schweden, wo die Verhältnisse am günstigsten liegen, beträgt die mittlere Lebensdauer für das männliche Geschlecht 50,91 und für das weibliche Geschlecht 58,98 Jahre. Sie ist also um volle zehn Jahre höher als bei der Bevölkerung des Deutschen Reichs. Günstiger zeigen sich die Feststellungen des Statistischen Landesamts für Preußen, wonach im Jahresdurchschnitt 1906—1910 die mittlere Lebensdauer des männlichen Geschlechts auf 46,42 und beim weiblichen Geschlecht auf 50,98 Jahre gestiegen ist.

Im übrigen haben wir mit einem beträchtlichen Geburtenüberschuß zu rechnen, der schon 1913 833 300 Personen betrug. Der unheilvolle Geschlechtsverfall wird dadurch mehr bewirkt, und als stichhaltig anzusehen sein. Das moralische Moment kann hier nicht darin bestehen, das gesellschaftliche Ansehen der unheilvollen Mutter und ihres Kindes herabzusetzen; denn um unheillich eine pflichterfüllende

Mutter zu sein, gehört sittlicher Mut und Kraft. Dem entgegen ist die Pflichtvergessenheit eines jeden Vaters zu brandmarken und nachsicht zu verhindern. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bildet einen weiteren Teil der Volkserziehung und entschlossener Maßnahmen der Geschlechtsreinigung, wobei ohne Ansehen und Schonen von Personen — gegen jedes gewissenlose Handeln — vorgegangen werden muß.

Wie aus der Kriegsgeschichte hat, sind eine große Zahl von Personen nicht nur bis zum 40. Jahr — sondern bis zum 60. Jahre und darüber hinaus arbeitsfähig und haben „hinter der Front“ in Tag- und Nachtschichten ihre Pflicht erfüllt. Deshalb muß es die Aufgabe der leitenden Kreise der bevölkerungspolitischen Ziele sein, die durchschnittliche Lebensdauer der Bevölkerung durch wirksame Gesundheitsvorkehrungen auf 60 bis 65 Jahre zu erhöhen. In diesen Maßnahmen gehört auch der gewerbliche Arbeiterstand, wobei auch den Gewerkschaften durch ihre praktischen Erfahrungen ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Aufgaben zufallen wird.

G. Heine

Arbeitsnot

Die Verhältnisse in der Versorgung der Bevölkerung mit Kleidung — Wäsche, Oberkleider, Schuhwerk — werden immer unerträglicher. Mit der Armut würde man sich wie mit mancher anderen Kriegsererscheinung schließlich abfinden, namentlich wenn man die Überzeugung haben dürfte, daß das wenige vorhandene denot erreichbar wäre, die es eben an nötigsten haben. Aber leider hat die Reichsbeschleibungsstelle mit allen ihren Maßnahmen nur erreicht, daß die Preise sich nicht nur verdoppelt und verdreifacht, sondern verzehnfacht haben und daß trotz des vielfach glücklich erlangten Bezugscheinens die Ware für diejenigen, die ihrer am meisten bedürfen, nicht da ist, weil entweder die Preise in einem so argen Mißverhältnis zu den Einnahmen der Verbraucher stehen, oder weil die Käufer nicht in der glücklichen Lage sind, „Gegenleistungen“ in Gestalt von Butter und anderen kostbaren Waren anbieten zu können. Gerade im Kleider-, Wäsche- und Schuhhandel bleibt ja das Tauschgeschäft — natürlich will keiner die Verantwortung dafür tragen, die Landwirte beklagen sich, daß sie ohne Tauschhandel von den Kaufleuten nichts bekommen, die Käufer, die weder Landwirte noch Kaufleute sind, beklagen sich, daß ihnen die Landwirte das Leben durch die Wiedereinführung des Tauschhandels so erschweren.

Aber die Reichsbeschleibungsstelle hat doch alle mögliche Arbeit geleistet, hat: Arbeitsstellen eingerichtet, die Ersatzindustrie gefördert, Ausstellungen veranstaltet oder unterstützt, in denen die Schaffung von „Werkern aus Werklosen“ vorgeschrieben wird und außerdem eine Fülle von Ermahnungen an die Bevölkerung gerichtet, durch die die Verbraucher zur äußersten Sparsamkeit, zur schonenden Behandlung der Wäsche, zur Umarbeitung alter Kleidungsstücke in neue aufzufordern werden. Ganz an solcher Arbeit hat es nicht gefehlt, nur daß die Bestände der Arbeitsstellen und auch die „Reichskleider“ nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein wirken können, daß die Ersatzstoffe (Papiergewebe) durch ihre hohen Preise fast zu den Luxusgegenständen zu rechnen sind, daß man den Hausfrauen keine Hilfsmittel zur Verbesserung stellt, durch die die Wäsche tatsächlich gespart werden kann, und daß man ihnen endlich das notwendige Material, durch das allein sie doch in der Lage sind, immer wieder auszubessern. Alles in Neues zu verwandeln, nicht schart. Mit der Erfassung und Bewirtschaftung der Nähfäden allein ist es ja nicht getan, die Hausfrauen müssen etwas mehr als nur den Verteilungsplan davon zu leben bekommen. Man gebe einmal durch die Straßen, in denen vornehmlich „kleine Leute“ wohnen, etwa des Morgens, wenn die Kinder zur Schule gehen, so kann man mit Bewunderung feststellen, mit welcher Mühe und Sorgfalt die Mütter es immer noch fertig bringen, ihre Knaben und Mädchen leidend, heil und sauber zu kleiden, und man wird sich sagen, daß es keiner besonderen Mahnung an diese Kreise bedarf, nichts wegzumwerfen, alles immer noch einmal zu verwenden!

Wie gesagt, an Kleinarbeit hat es die Reichsbeschleibungsstelle nicht fehlen lassen, nur vor der Anwendung des einzigen Mittels, das den unerträglichen Verhältnissen ein Ende machen könnte, hat sie sich noch immer gelehrt: vor der Beschlagnahme und öffentlichen Bewirtschaftung der Kleider, Wäsche und Schuhe. Vor dem „Unmöglich“, das der Handel solchen Charakteren naturgemäß entgegensteht, ist man immer wieder zurückgeblieben. Dabei war es von vornherein klar, daß die Einführung des Bezugscheinens ohne Beschlagnahme der Bestände nur eine Halbheit bleiben würde. Es war ja keinerlei Sicherheit dafür vorhanden, daß tatsächlich die bezugscheinpflichtigen Waren nur auf Bezugschein abgegeben wurden. Man kann denn auch heute noch die Erfahrungen machen, daß nicht einmal wenige Händler, Schneider usw. sich bereit finden lassen, am aut. Bekannte oder auf zahlende Kunden ohne den Schein die gewünschten Gegenstände zu verabsagen. Das Mißtrauen der Verbraucher in Gestalt höherer Preise zahlen, und wir haben hier wahrscheinlich einen der Gründe für die ins Fabelhafte gehenden

Preiserhöhungen gerade auf dem Gebiete des Textilwarenhandels.

In Friedenszeiten rechnete man mit einem Kleinhandelsaufschlag von 33% bis 50%, dessen Höhe begründet wurde mit dem Risiko, das mit diesem Handel im Anbetracht des reichen Wollschaffens verbunden war. Von solchem Risiko kann heute gar keine Rede mehr sein. Jede Ware findet ihren Käufer, und nun so leichter, je älter sie ist, weil dem durch frühere Erfahrungen gewohnten Verbraucher heutzutage mehr an Frieden — als an modernen Stoffen liegt. Ganz unbegründet aber ist es, wenn jetzt, da die Preise auf das Zehn- und Zwanzigfache des Friedensstandes gestiegen sind, der gleiche Prozentsatz für die Unkosten beibehalten wird, so daß für ein Meter Stoff, das früher 8 Mk. im Einzelhandel kostete und bei dem der Einkauf des Händlers etwa 2,50 Mk. betrug, heute 25 Mk. Speise berechnet werden. Es ist allerhöchste Zeit, daß diese Inflationsgrundsätze durch die Preisprüfungsstellen und das Kriegswirtschaftamt einer Nachprüfung unterzogen werden. Und es ist einfach unverständlich, wie die Reichsbeschleibungsstelle den Händlern diesen unberechtigt hohen Nutzen zu billigen kann für die Kleidungsstücke, die der minderbemittelten Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden sollen. Es heißt neuerdings, daß man zur allgemeinen Beschlagnahme entschlossen sei. Viel ist freilich nicht mehr zu retten, aber man kann wenigstens noch Schlimmeres für die Verbraucher verhindern.

Der Weltkrieg.

Gefallen sind aus der Zahlstelle:

- Breslau: Fritz Kreuzhauer, Arbeiter, Brauerei; Karl Müller, Bierfahrer, Brauerei; Saase, Niederlage; August Stroh, Brauer, Brauerei; Wilhelm Bante, Arbeiter, Brauerei; Franz Anton, Brauereiführer, Brauerei; Franz Krause, Bierfahrer, Brauerei; Hermann Schulte, Müller, Schl.; Mühlenwerk, Karl Wiener, Arbeiter, Unionbrauerei;
- Düsseldorf: Ludwig Fuchs, Bierfahrer, Peter Frings, Brauer, letzterer im Lazarett verstorben;
- Mannheim: Ludwig Schaf, Karl Leppe, Brauer, Badische Brauerei;
- Zwickau: Johann Kippert, Brauer, Jenseitellbrauerei, Burkhardt.

Ohne ihren Namen!

Der Anbruch der Ehefrau auf Wochenhilfe wird auf eine Anfrage des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen in einem Bescheid von zuständiger Stelle vom 18. Januar 1918 an einem bestimmten Falle wie folgt demonstriert:

„Der Anbruch der Ehefrau auf Wochenhilfe dürfte in dem vorgetragenen Falle nach meiner Auffassung begründet sein. Im § 2 Abs. 2 der Bekanntmachung vom 23. April 1915 ist unter Nr. 1 vom Gesamteinkommen des Ehemannes und der Wöchnerin, in Nr. 2 dagegen von dem der Wöchnerin nach dem Trenneintritt des Ehemannes verbleibenden Gesamteinkommen die Rede. Dieser Wechsel im Ausdruck weist darauf hin, daß bei Anwendung der Nr. 2 das Einkommen der beiden Ehegatten nicht zusammenzurechnen ist. Das Einkommen des Ehemannes, namentlich soweit es aus seiner Eigenschaft als Kriegsteilnehmer herrührt, wird der Ehefrau nur insoweit anzurechnen sein, als es ihr tatsächlich zufließt. Der Einwand, daß es dann der Ehemann in der Hand hätte, seiner Ehefrau dadurch die Wochenhilfe zu verschaffen, daß er den für seinen eigenen Unterhalt nicht benötigten Teil seines Einkommens nicht in ausreichendem Maße seiner Familie zukommen läßt, würde nicht stichhaltig sein. Gegen einen solchen Mißbrauch würde der Eingang des Abs. 2 a. a. D. Schutz gewähren, denn in einem solchen Verhalten könnte eine Tatsache erblickt werden, welche die Annahme rechtfertigt, daß eine Beihilfe nicht benötigt wird. Im vorliegenden Falle beträgt das Gesamteinkommen des Ehemannes monatlich 190 Mk., seine Frau erhält davon regelmäßig 90 Mk. und bezieht außerdem eine Unterstützung von monatlich 33 Mk., zusammen monatlich 123 Mk., so daß ihr Gesamteinkommen von 147 Mk. hinter 1500 Mk. zurückbleibt.“ IIb 61 (S. W. V. S. 86.)

Wirtschaftliche Rundschau.

Veränderung der Produktionsverhältnisse während des Krieges. — Schwierigkeiten. — Wichtigen Konjunkturgeschehen. — Eine englische Stimme. — Wertungen des Steuerbruchs. — Entlastung der höchsten Produktivität.

Die Erörterungen über die ungeheuren wirtschaftlichen Aufgaben vor dem, wie nach dem Kriege stehen werden, sind die Veränderungen überleben, die sich auch in den Produktionsverhältnissen in den reichlichen Ländern vollziehen. Gegen eine Unterdrückung der Schwierigkeiten künftigen Konjunkturkampfes, was in der „Wirtschaftszeitung der Zentralbank“ Dr. Waldemar Koch durch den Hinweis auf den Umfang der wirtschaftlichen Expansion während des Krieges, behauptet, begreifen. Bei den Veränderungen Staaten — fähig er aus — ist die Entwicklung der Industrie nicht so sehr in die Tiefe wie in die Breite gehend; alle Werke sind ausgedehnt worden und haben gut verdient. Neueartige Einrichtungen finden sich zwar nur auf dem Gebiete von Schiffbau und Schiffahrt, wo man davon ansetzen ist, mit staatlichen Mitteln in Höhe von 50 Millionen Dollar eine eigene Handelsflotte zu schaffen; ferner auf dem Gebiet der Finanzierung, wo die American

International Corporation ebenfalls mit 50 Millionen Dollar Kapital ausgestattet wurde und sich bald in China, Russland, Südamerika usw. energisch betätigt. Es ist die Entwicklung der Farbenindustrie bedeutsam.

Im wichtigsten ist jedoch die innerliche Entwicklung der Industrie des Amerikans, der jetzt gelernt hat, den Weltmarkt zu erobern und inzwischen überall, in Russland, in Brasilien, Argentinien usw. daran ging, ihn zu beherrschen, zu indizieren zu versorgen und Fuß zu fassen. Mag auch der Erfolg noch nicht groß sein, neuartig ist die Einstellung des Bundes auf den Weltmarkt.

In Japan ist aber vor allem die Entwicklung der Industrie erkennbar. Auch England hat vieles unternommen und mancherorts erreicht, was hier nur verübt werden kann. Zu nennen ist vor allem die Farbenindustrie und das Nutenweien. Zu beachten ist aber auch die innere Umwandlung des englischen Industriebetriebes durch seine Einstellung auf den Kriegszweck. Arbeitsparende Maschinen und ungelernete Arbeiter haben in ungekannter Maße Verwendung gefunden. In Frankreich ist man in Plänen sehr fruchtbar, in bezug auf konkrete Ergebnisse aber weniger glücklich gewesen, wenn auch hier die Notwendigkeit mancher Errungenschaft hat. Aber von der wirtschaftlichen Offensive kann man hier ebenfalls sprechen wie bei Italien, wo die Entwicklung ähnlich begrenzt war. In Portugal war sie gleich Null, in Russland aber eine Rückwärtsbewegung. Nur auf dem Gebiete der Pharmazie hat man hier, getrieben von der bittersten Not, unter Führung der Schwesterverwaltungen eine Anzahl halbfabrikierter Betriebe geschaffen. Die Revolution hat inzwischen das ihre getan, um die heimische Industrie leistungsfähig zu machen.

In diesem Zusammenhang ist es von besonderem Interesse, eine englische Stimme über das Programm zu hören, das für Großbritannien gestellt und, wie hinzugefügt worden muß, auch energisch verfolgt wird. Dr. Emil Daniels bespricht in dem letzten Heft der „Deutschen Jahrbücher“ ein Buch des Engländers J. Ellis Barker „The great problems of british statesmanship“. Barker bezweifelt nach dem Referat nicht, daß nach dem Frieden der Steuerdruck in England wieder ebenso empfindlich werden wird, wie er vor 100 Jahren, nach dem Abschluß des Revolutionskrieges war. In den anderen großen Staaten Europas wird der Steuerdruck nicht geringer sein. Der Steuerdruck, führt Ellis Barker fort, beugt ein Volk nicht nieder, sondern reizt es im Gegenteil zu einer Entfaltung wirtschaftlicher Tatkraft auf, die bei weniger unerträglich einschneidendem Sozialismus schwerlich statgefunden haben würde. Zwischen dem Frieden von Paris im Jahre 1763 und der Abschaffung der Kornzölle im Jahre 1846 erhoben sich die Engländer zum reichsten Volk der Erde. 120 Millionen verzweifelten die Engländer im Jahre 1768 vor Summe im Laufe eines halben Jahrhunderts auf 840 Millionen angewachsen war, keineswegs durch lauter glückliche Kriege, sondern durch die recht an, ökonomisch aufzubauen und errang auf wirtschaftlichem Gebiet eine hegemonische Stellung, die dem Eindruck machte, niemals wieder angefochten werden zu können. Diesen Flor als eine Folgeerscheinung des Freihandels anzusehen, sagt Ellis Barker, ist falsch.

Der Steuererheber verhandelt die rückständige und unbestimmte britische Nation in eine Nation von tatkräftigen und intelligenten Gewerbetreibenden.

Wie einst die Veränderungen in der Steuerbefreiung die mechanische Industrie Englands ins Leben gerufen haben, so erwartet Ellis Barker von der unermesslich bevorstehenden Verdrei- und Vierfachen der britischen Abgaben eine Ära neuer Erfindungen. Aber auf diese immerhin etwas zweifelhaft Hoffnung allein gründet der Autor seinen Optimismus nicht. Zwar sieht seine Bilanz voraus, wie die Menschen in 50 Jahren mit derselben geschäftsfähigen Bewunderung den automatischen Beschlag und Dampfhammer von heute betrachten werden, mit welcher wir jetzt auf den Handwebstuhl und die Handschmiede blicken. Aber fast noch mehr als auf den Fortschritt in Maschinen und die Vervollkommnung der technischen Prozesse rechnet Ellis Barker auf verstärkte Anwendung und tüchtigere Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft. England, so sagt er, muß seine Volkswirtschaft amerikanisieren. Ein amerikanischer Arbeiter produziert fast dreimal soviel wie ein englischer, nicht weil sie dreiben dreimal so hart arbeiten, sondern wegen der dreifach höheren Benutzung von mechanischer Werkkraft auf je 1000 Mann. Die amerikanische Industrie ist mit besseren Maschinen ausgerüstet als die britische und macht auch überflüssig von der Maschinenarbeit einen umfassenderen Gebrauch. Ebenso wie in der Industrie steht es in Landwirtschaft und Bergbau. In früheren Jahrzehnten war englische Stahl im ganzen nicht teurer als amerikanische; vor dem Kriege aber haben die englischen Kreise einen um volle 50% höheren Stand erreicht, denn die englischen Arbeiter hatten nicht nur die Löhne getrieben, sondern auch durch systematische Beschränkung des Produktionsvertrages eine künstliche Strohknappheit hervorgerufen. Alle technischen Verbesserungen im Stahlerzeugung könnten jede Tendenz der Arbeitermacht nicht aufzuheben. Obwohl von Sozialisten des 20. Jahrhunderts betrieben, war die Einführung des Produktionsvertrages kein aufklärerisches Verfahren, als im 16. von Seiten der Holländer die Verfertigung des allzu reichlich gewachsenen Zimmes ins Meer.

Lebenswaren die Arbeiter nicht allein schuld daran, daß die Dinge diesen Gang nahmen. Da die britische Volkswirtschaft auch mit verarbeiteten Maschinen, verschwandeter, monotonischer Arbeitskraft und niedrigem Produktionsniveau blühte, so geben die Unternehmer den Wählern ihre Arbeiter nach. Auf den Vorbeeren der Väter ruhend, haben sie den Schändlichen, die Bequemlichkeit, das Gerichten, dem falschen Konservatismus. Sie verdienen auch so genug. Alle Anstrengungen und Anstrengungen waren ihnen unzulänglich. Das Geschäft erfordern ihnen langweilig, wenn es ihnen nicht geradezu zum Ekel wurde. Sie lebten nur für den Genut.

Ellis Barker schließt dies, so bemerkt Daniels, im Dezember 1915. Dann kam, im Laufe des Jahres 1916, die große Umstellung der englischen Industrie auf den Krieg

und zugleich auf den amerikanischen Fuß. Die Not zwingt die britischen Industriellen, sich zu rühren und alle ihre liebgewonnenen Gewohnheiten über Bord zu werfen. Für nicht weniger als 200 Millionen Pfund oder 4 Milliarden Mark amerikanische Maschinen wurden importiert, um das nicht mehr auf der Höhe der Zeit stehende einheimische Betriebsmaterial zu ersetzen. Ebenso wie die Arbeitgeber würden auch die Arbeitnehmer durch den Geist der Zeit völlig umgewandelt. Sie nahmen die amerikanischen Maschinen im Gebrauch, ohne an dem Prinzip der Beschränkung der Produktion festzuhalten. Auch ganz abgesehen von der Munitionserstellung, in der Erzeugung der gewöhnlichen Friedensware hat sich der Produktionsvermögen auf den Kopf des Arbeiters bereits verdoppelt, und diese Bewegung wird, einmal in Gang gekommen, nicht stillstehen oder gar rückwärts gehen, sondern nach dem Frieden nur um so gewaltiger noch vorwärts auszuweichen. Ist doch das ganze industrielle Leben und Treiben in England durch den heillosen Stachel des Krieges ein völlig anderes geworden. Man erkennt die englische Industrie nicht wieder.

Um die Aufnahme der Erzeugnisse einer verdoppelten und verdreifachten englischen Produktion ist Ellis Barker nicht verlegen; er verweist darauf, daß das britische Reich an latenten Naturgaben viel reicher ist als die Union. Es bedarf nur wirtschaftlicher Tatkraft, wie er sagt, um Absatz zu schaffen. Schließlich spricht er die Überzeugung aus, daß die im 18. Jahrhundert erfolgte Zerreißen der staatsrechtlichen Bande zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten wieder gutgemacht werden wird. Er glaubt, daß in irgendeiner überausen Form sich eine Verständigung zwischen dem britischen Reich und den Vereinigten Staaten vollziehen würde.

Wie man immer die Anschauungen und Hoffnungen von Ellis Barker beurteilen mag, in jedem Falle erhalten sie die Notwendigkeit für Deutschland, viel stärker als es bisher geschah, unter Zusammenfassung aller Kräfte an den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens heranzutreten. Die Entlastung der höchsten Produktionskraft muß oberstes Gesetz werden; dazu gehört mit in erster Reihe die Sicherung unserer Rohstoffbeschaffung. Eine Vorkampfung industriellen Wettbewerbs auf dem Weltmarkt hat die Unabhängigkeit der Rohstoffversorgung zur Voraussetzung. Diese aber kann nur durch den föderal-europäischen Zusammenschluß (unter Einbeziehung und rationeller Ausgestaltung des Kolonialbesitzes der Reichsländer) erfolgen. Wenn so kann ein Gleichgewicht gegen den englisch-amerikanischen Zusammenschluß geschaffen werden.

Berlin, den 4. März 1918.

Julius Kallisi.

Bewegungen im Berufe.

Brauereien, Bierneiederlagen.

† **Breslau.** Durch Verhandlungen bewilligte die Brauerei Sacra eine weitere wöchentliche Teuerungszulage von 5 Mk. für die männlichen und eine solche von 4 Mk. für die weiblichen Arbeitnehmer.

Mühlen.

† **Lübeck.** Auf Eingabe bewilligte die Betriebsleitung der hiesigen Kunst-Walzenmühle eine Erhöhung der Teuerungszulage um 5 Mk. pro Woche.

Korrespondenzen.

Hamburg. In einer Mühlenarbeiterversammlung am Sonntag, 3. März, im Gewerkschaftshaus sprach Kollege Näppler-Berlin über das Thema: „Wie wird sich die Lage der Mühlenarbeiter nach dem Kriege gestalten?“ Der Referent führte aus, daß diese Frage namentlich von zwei Gesichtspunkten aus zu betrachten sei. Sie ist in erster Linie von dem Geschäftsgang der Mühlen abhängig und zweitens von dem Willen der Arbeiter selbst bestimmt. Durch die Nationalisierung des Brotgetreides, Gründung der Reichsgetreidestelle, Umwandlung der Handels- in Lohnmüllerei sei eine Revolutionierung in der Mühlenindustrie während des Krieges herbeigeführt. Durch die Absperrung vom Ausland ist die Produktion um 40, die Zahl der beschäftigten Arbeiter um ca. 42 Proz. gesunken. Zu Beginn des Krieges haben die Mühlen, da die Regierung alles nur fahbare Getreide aufkaufte, sehr gute Geschäfte gemacht, wenn später durch die Kontingentierung der Gewinn etwas zurückging, so haben sich doch viele Betriebe, die vor dem Kriege kaum noch existieren konnten, wieder gesund gemacht. Die Löhne der Mühlenarbeiter sind um ca. 20 Proz., die Lebensmittel und Bedarfsartikel aber um mindestens 120 Proz. gestiegen. Sollte der Krieg noch längere Zeit dauern, müßte eine Vereinerung der Arbeiter eintreten. Durch die Getreideknappheit in allen Ländern, Mangel an Schiffsraum, Verwiltung großer Ackerflächen, wird die Nationalisierung und Lohnmüllerei nach dem Kriege noch lange Zeit aufrechterhalten bleiben, zumal da die eigene Produktion nur etwa 60 Proz. des Bedarfs beträgt. Nach der Demobilisierung wird somit nur für ca. 60 Proz. der Mühlenarbeiter Beschäftigung vorhanden sein und es wird ein Kampf um die Arbeitsplätze beginnen, der zum Schluß führt. Die Steuern aber werden drückender und hohe Warenpreise bleiben. Die Mühlenarbeiter werden dann zu wählen haben. Entweder wir nehmen alles schicksalgeduldig hin und verelenden dabei, oder wir wehren uns durch die Macht der Organisation, und die wirtschaftlichen Kämpfe werden nicht ausbleiben. Kämpfe kann aber nicht der einzelne, sondern nur die Gesamtheit der Arbeiter führen. Die Mühlenarbeiter müssen die Kollegen über den Zweck und Nutzen der Organisation aufklären, jeder müsse mitarbeiten, damit eine bessere Kultur erklimmen wird, ohne Arbeit für die Organisation gebe es kein Vorwärts. In der anschließenden, recht lebhaften Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten vielfach unterbrochen und zum Ausbau der Organisation und zur Agitation unter den unorganisierten Kollegen aufgefordert.

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Unterstützung der Arbeiter in Brauereien bei Stillstand wegen Rohstoffmangels. Das Ministerium für soziale Fürsorge in Oesterreich hat eine Aktion zur Unterstützung jener Arbeiter in Brauereien eingeleitet, welche bei Einstellung der Betriebe infolge Rohstoffmangels arbeitslos werden. In der Zeit vom 15. Dezember 1917 bis 28. Februar 1918 sollen die betreffenden Brauereiarbeiter eine Unterstützung in der Höhe von 50 Prozent des Lohnes erhalten und zwar in jenen Brauereien, welche nach dem 20. November 1917 zum Stillstand gelangt sind. Zu dem Kosten dieser Unterstützung hat das Unternehmen 75 Prozent, der Staat 25 Prozent beizutragen. Die Kontrolle wird durch die Brauzentrale ausgeübt. Zu diesem Zweck hat das Ministerium für soziale Fürsorge eine Kommission aus sechs Unternehmern und drei Vertretern der Arbeiter eingesetzt, welche die Kontrolle auszuüben haben wird. Als Arbeitervertreter wurden die Kollegen Hubbert, Habschied und Schmidt ernannt. Es werden wegen einer Verlängerung des Termines über den Februar seitens der Brauzentrale Schritte unternommen.

Für Nachlieferung des fehlenden Malzes. Die Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriebezirks haben eine Eingabe an das Kriegsernährungsamt gerichtet, in der sie für die Aufrechterhaltung der Bierversorgung durch Nachlieferung des noch ausstehenden fünfprozentigen Anteils von dem Friedenskontingent eintreten. Die Stilllegung der Brauereien bedingt allein für die Industriebezirke eine Entwertung von einer halben Milliarde Mark.

Industrie und Arbeitsmarkt im Januar 1918, nach den Berichten im „Reichsarbeitsblatt“. Die Brauereien Süddeutschlands erfuhren im allgemeinen keine wesentlichen Veränderungen. Im Vergleich zum Vorjahr war der Bierumsatz ein geringerer. Auch gegenüber dem Vormonat wird zum Teil ein weiterer Rückgang festgestellt. Die westdeutschen Brauereien lassen eine Veränderung gegenüber dem Dezember nicht erkennen, doch wird auch hier betont, daß die Lage schlechter als im Vorjahr um die gleiche Zeit war. Für die Berliner Brauereien blieb der Geschäftsgang derselbe wie im Vormonat; teilweise wird hier im Vergleich zum Vorjahr eine geringe Verbesserung verzeichnet.

In der Spiritusindustrie ist die Lage im allgemeinen die gleiche wie bisher geblieben.

Die Herstellung alkoholfreier Getränke erfreute keine wesentliche Veränderung.

Im Monat Januar haben sich bei dem Arbeitsnachweis der zum Verein der Brauereien Berlins und der umgehend gehörigen Brauereien 71 Personen weniger einschreiben lassen als im gleichen Monat des Vorjahres. Es gingen 211 Bestellungen ein; von den gemeldeten Stellen wurden 62 fest bestellt, 149 Stellen konnten nicht erledigt werden. Arbeitslos waren am 1. Februar 4 Mann.

Von Verbandsmitgliedern waren Ende Januar im ganzen Reich arbeitslos 30 (32 im Vormonat), davon 21 (11) männliche und 9 (21) weibliche; auf der Reise 3 (2) Mitglieder.

Die Arbeitsnachweise berichten für den Monat Januar über folgende Ziffern:

in	Brauereiarbeiter und Mäler			Mälnerarbeiter		
	Arbeits- gefunde	Offene Stellen	Bestellte Stellen	Arbeits- gefunde	Offene Stellen	Bestellte Stellen
Bayern	1	1	—	3	11	2
Sachsen	1	—	—	—	—	—
Berlin u. Brandenburg	73	215	65	12	7	3
Hannover	—	—	—	9	5	2
Preußen	—	—	—	24	28	11
Sachsen	1	—	—	8	9	2
Sachsen	6	10	5	3	15	1
Schleswig-Holstein	—	—	—	4	16	3
Hannover	—	1	—	3	7	2
Mecklenburg	—	—	—	1	3	—
Hessen-Nassau	5	4	3	—	1	—
Rheinland	5	1	—	1	5	1
Reichsgesamt	92	282	73	68	108	27
Bayern	26	44	12	35	42	21
Baden	102	14	14	1	—	—
Württemberg	19	20	14	21	20	7
Baden	3	7	—	15	33	—
Hessen	—	—	—	4	2	—
Thüringische Staaten	—	—	—	2	1	—
Lübeck	—	2	—	—	7	—
Hamburg	—	—	—	13	6	—
Schlag-Lothringen	4	6	4	—	7	—
Deutsches Reich	248	335	117	190	238	71

In einzelnen wird noch berichtet von Mecklenburg-Schwerin, daß sich im Braugewerbe zum Teil keine Veränderung zeigte, zum Teil (Wismar) die Betriebe stillliegen, und der Verband Märkischer Arbeitsnachweise, daß Bierbrauer und Mäler verlangt wurden, jedoch kaum verfügbar waren. In Posen wurden durch Zusammenlegung von Betrieben Mäler in beschränktem Umfang frei, deren Unterbringung zum Teil als Ersatz für Wehrpflichtige möglich war.

Volkswirtschaftliches, Soziales.

Begründung einer Verkürzung der Arbeitszeit. Zum „Wochenblatt für Papierfabrikation“ heißt man: „Die meisten Papierfabriken liegen in Berücksichtigung der Wasserkräfte wie auch namentlich des Fabrikationswassers mehr oder minder weit abseits von Städten und größeren Ortschaften, so daß die Arbeiter gezwungen sind, größere Wegstrecken bis zu ihrer Arbeitsstätte zurückzulegen. Die weiblichen Arbeitskräfte müssen nun, da sie nur mehr oder weniger Stunden beschäftigt werden dürfen, mitten in der Nacht die Wegstrecken zu und von der Fabrik zurücklegen oder vielmehr mit primitiver Schlafgelegenheit sich zufrieden geben. In Berücksichtigung dieser Verhältnisse sollte doch von allen Seiten an die kaiserliche Regierung herangetreten werden, daß durch die Erlaubniserteilung zur zwölf- bzw. zehnstündigen Arbeitszeit diesen Zuständen vorgebeugt wird. Denn es dürfte ohne Zweifel sowohl gesundheitslich als auch sittlich mit Gefahren verbunden sein, wenn mitten in der Nacht die weiblichen Arbeiterinnen oft stundenlang wandern müssen, selbst wenn sie gemeinschaftlich einen Teil des Weges zurücklegen, was aber auch nicht immer zu ermöglichen ist.“

Also 12 stündige Arbeitszeit, damit die Arbeiterinnen nicht mitten in der Nacht nach Hause gehen brauchen. Diese Sorge erscheint nicht ganz echt, zumal gleichzeitig gesagt wird, die Beschaffung geeigneter Unterkunftsräume für die Arbeiterinnen sei nicht möglich und wird auch von den Familienangehörigen nicht gewünscht, weil die Töchter nach Feierabend noch zu Hause arbeiten müssen. Also 12 stündige Arbeitszeit, Stundenlang zur und von der Arbeitsstelle wandern und dann noch Arbeit im Garten oder beim Vieh. Und darum sorgt sich der Unternehmer.

Staatliche Kleinwohnungsfrage im Herzogtum Anhalt. Zur Herzogtum Anhalt hat das Kleinwohnungsamt in letzter Zeit wertvolle Förderung erfahren. Im Hinblick darauf, daß es als Ehrenpflicht des Staates angesehen werden muß, den heimkehrenden Kriegern ausreichende und gesunde Heimstätten zu bieten, hat man für die Beschaffung von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung an Orten mit Wohnungsmangel durch Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung Sorge getragen.

Durch das Gesetz betreffend die Förderung des Kleinwohnungswesens vom 5. September 1917 soll in doppelter Weise eine finanzielle Unterstützung gemeinnütziger Bauvereinigungen herbeigeführt werden. Das Gesetz ermöglicht einmal die Beteiligung des Staates an solchen Bauvereinigungen durch Stammeinlagen und stellt hierfür 300.000 Mk. aus den Heberschüssen der Grundsteuerband nach Bedarf zur Verfügung. Sodann wird die Möglichkeit geschaffen, daß der Staat für zweifelhafte Tilgungshypotheken bis zur Beleihungsgrenze von 10 Proz. der Selbstkosten und bis zu einem Gesamtbetrag von zwei Millionen Mark Bürgschaft leistet. Man ist also im Herzogtum Anhalt dem Vorbilde Preußens (Artikel 6 des Wohnungsgeheimgesetzes und Bürgschaftengesetzes) gefolgt und hat auch dort den Standpunkt aufgegeben, daß der Staat lediglich zur Wohnungsfürsorge für seine Arbeiter und Beamten verpflichtet sei. Man hat dabei ebenso wie in Preußen daran festgehalten, die staatlichen Mittel den gemeinnützigen Unternehmungen zugute kommen zu lassen. Jedoch wird im Gesetz sowohl wie in der Begründung mehrfach ausdrücklich betont, daß der freien gewerblichen Bautätigkeit keine nachteilige Konkurrenz geschaffen werden und die staatliche Hilfe nur da einsetzen solle, wo „Mangel an gesunden Kleinwohnungen“ bestehe. Leider hat man es auch im anhaltischen Staat nicht für möglich gehalten, für die gemeinnützige Bautätigkeit nach dem Kriege den unbedingt erforderlichen Kredit zur Verfügung zu stellen und hat sich an der mittelbaren Unterstützung durch Beteiligung an Bauunternehmungen und Bürgschaftsgewährung genügen lassen.

Außer dieser finanziellen Unterstützung der gemeinnützigen Bautätigkeit hat die Herzogliche Regierung der billigen Beschaffung von Kleinwohnungen durch besondere Bauvereinfachungsvorschriften Rechnung getragen. Durch Abänderungsgesetz vom 18. Oktober 1916 und eine zu seiner Ausführung erlassene Ministerialverordnung vom 5. Februar 1917 wurden die verkehrs-, gesundheits-, sicherheits- und feuerpolizeilichen Anforderungen an die Bauwerke, namentlich an Kleinwohnungsbauten, auf das praktisch notwendige Maß zurückgeführt, um „namentlich im Interesse des Kleinwohnungsbaus jede unnötige Verschwendung des Baues und damit des Wohnens auszuschließen“. Unter dem 21. November 1917 erging sodann nachmalig eine Ministerialanweisung, betreffend die Förderung von Kleinhausneubauten und Kleinhausbauten, die in ähnlicher Weise wie der Preussische Ministerialerlaß vom 26. März 1917 hinsichtlich der Erleichterung des Baugrundes und der baupolizeilichen Anforderungen eine Reihe neuer Erleichterungen für den Kleinwohnungsbaubringt.

Durch alle diese Maßnahmen hofft man die unbilligen Zustände im Wohnungsweien, die nach den städtischen Mitteilungen eines Regierungsveteriniers in den Kommmissionsverhandlungen auch in anhaltischen Städten zu befürchten sind, wenigstens teilweise vermeiden oder beheben zu können.

Falsche Gerüchte. Das Kriegsernährungsamt schreibt: Durch verächtliche Zeitungen Deutschlands ging in den letzten Tagen die Nachricht, daß im Herbst vorigen Jahres bedeutende Mengen Gemüse in die Konservefabriken gewandert seien und daß deshalb reichliche Bestände an Konserver vorhanden sein müßten, zumal im freien Handel Gemüsekonserven bisher nicht abgegeben worden seien. Zur Vermeidung von Irrtümern sei darauf hingewiesen, daß im letzten Jahre nur etwa der dritte Teil der Friedenserzeugung an Gemüsekonserven hergestellt worden ist und daß nach Bedeckung des Bedarfs von Meer und Marine mit großen Mengen zur Verteilung an die Zivilbevölkerung nicht gerechnet werden darf.

Arbeiterfahrgesellschaft in Schwaben. Die schwedische Regierung hat eine Kommission eingesetzt, die Arbeiterfahrgesellschaft ausarbeiten soll, insbesondere den Entwurf zur Einführung eines Normalarbeitstages, zur Einschränkung oder Abschaffung der Nacharbeit, zur Gewährung von Ferien für die Arbeiter und zur staatlichen Fürsorge für Arbeitslose.

Arbeiterversicherung.

Nichtaufnahme eines Hilfsdienstpflichtigen in die Betriebskrankenkasse gilt als wichtiger Grund zur Entlassung des Arbeitenden. Diese Entscheidung fällt der Schlichtungsausschuß in Bremen. In den Großbetrieben mit eigenen Betriebskrankenkassen herrscht die Ansicht, Arbeiter, die ein bestimmtes Alter überschritten haben, nicht in die Krankenkasse aufzunehmen. Diese mußten sich von der Krankenversicherungspflicht befreien lassen, was sie die Zustimmung des Ortsarbeitsrates der Betriebsgemeinde bzw. Wohnungsgemeinde haben mußten. Den Arbeitern blieb zu demselben Zeitpunkt nichts anderes übrig, wenn sie Arbeit erhalten wollten. Im Krankheitsfall waren sie dann auf die Armenunterstützung angewiesen und wurden dadurch noch ihrer politischen Rechte teilweise beraubt. Das Hilfsdienstgesetz schreibt jedoch die Versicherungspflicht aller Hilfsdienstpflichtigen vor, trotzdem hielten es aber viele Großbetriebe, darunter vor allem der Bremer Vulkan in Begegnung, nicht für notwendig, von ihren alten Gepflogenheiten abzugehen.

